

Horst Schreiber (Hrsg.)

1938

Der Anschluss in den Bezirken Tirols



werden; das war in der Regel die Deportation in ein Konzentrationslager. Paul L. wurde zum Prozess im Juli 1939 nach Innsbruck überstellt, anschließend zur Verbüßung seiner Gerichtsstrafe ins Gefängnis Garsten. Am 9. Mai 1940 hätte er freikommen sollen, stattdessen erfolgte am 7. Juni seine erneute Einweisung ins KZ Dachau. Ein Erlass des Reichsführers SS Heinrich Himmler vom 12. Juli 1940 stellte klar, dass „in Zukunft alle Homosexuellen, die mehr als einen Partner verführt haben, nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen“ seien.⁶⁴ Paul L. und Oswald M. trugen im KZ Dachau nicht den Rosa Winkel der Homosexuellen, sondern den Schwarzen der „Asozialen“ und Paul L. nach einem Jahr schließlich den Grünen Winkel der Kriminellen.⁶⁵ Er galt als „Gewohnheitsverbrecher in polizeilicher Sicherheitsverwahrung“. Erst am 2. Mai 1945 kam er frei. „Es berührt mich schmerzlich, vom Wahlrechte ausgeschlossen zu sein“, stellte Paul L. gegenüber dem Justizministerium am 9. November 1945 fest. Er hätte gedacht, dass eine fünfjährige KZ Haft mit dem ihm zugefügten schweren Unrecht „reichlich Grund gewesen wäre“, sein Ansuchen um Löschung der Strafe zu befürworten. Das Landesgericht Innsbruck lehnte im März 1946 „mangels hinreichender berücksichtigungswürdiger Gründe“ seine Gnadenbitte ab. Die Straftaten wären zu „schwerwiegend“, als dass eine Tilgung der Verurteilung oder eine Nachsicht der Rechtsfolgen vorzeitig befürwortet werden könnte.“⁶⁶ Homosexualität als Teil des Strafbestandes „Unzucht wider die Natur“ war in Österreich bis 1971 eine Straftat.

Die „Volksgemeinschaft“ formatiert sich:

Exklusion der Jüdinnen und Juden

Die Judenverfolgung war das zentrale politische Instrument zur Herstellung der NS-Volksgemeinschaft. Als Ausgrenzungsgemeinschaft erfuhr sie ihre „psychoziale Durchschlagskraft aus der gesellschaftlichen Umsetzung der Behauptung, dass Menschen radikal und unüberbrückbar ungleich seien“.⁶⁷ Die Judenverfolgung behinderte die Bereitschaft zur Zustimmung zum NS-Regime nicht, sondern förderte sie. Das Volk und die „Volksgemeinschaft“ als Quelle des Rechts anzusehen, bedeutete die Aus-



Abi Bauer mit Nachbarskindern in Innsbruck 1925. Er floh nach Israel. (Abi Bauer)

Dorli Pasch in Innsbruck 1929. Sie flüchtete nach England. (Dorli Neale)



höhlung des bürgerlichen Rechts und dass es außerhalb dieser Gemeinschaft kein Recht geben konnte:⁶⁸ „Nationalsozialistische Politik war von Anfang an gewalttätige Praxis, ein Antisemitismus der Tat.“⁶⁹

Ausgrenzung und Beteiligungsbereitschaft

Unmittelbar nach dem Anschluss setzten in Tirol antijüdische Maßnahmen ein, um die jüdische Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben auszuschließen, ihnen die Existenzgrundlage zu entziehen und sie zur Auswanderung zu zwingen. Die Nationalsozialisten besetzten jüdische Organisationen und ihre Geschäftsstellen, nahmen in Privatwohnungen Hausdurchsuchungen vor, schritten zu Verhaftungen und sprachen Berufsverbote aus. Der öffentliche Dienst und die Universität entließ „Volljuden“ und „Mischlinge“, jüdische StudentInnen mussten ihr Studium aufgeben, die Interessenvertretungen der freien Berufe sorgten für die Entfernung „jüdisch versippter“ Personen. Der Grund für die Entlassung eines Landesbediensteten lautete: „Jüdische Gattin“.⁷⁰ Dasselbe Schicksal ereilte einen Dozenten an der Universität, nachdem seine Frau als Jüdin denunziert worden war.⁷¹ Eine unehelich geborene städtische Kindergärtnerin konnte nur einen lückenhaften Abstammungsnachweis erbringen und wurde wegen des bloßen Verdachtes, dass ihr Vater Jude wäre, aus dem Dienst entfernt.⁷² Nicht nur sie war Opfer einer Denunziation. Aus der Bevölkerung wurden Stimmen laut, denen die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung nicht schnell und



Innsbrucker Nachrichten, 2.7.1938, 14

Friedrich Reitlinger, 1917 bis 1935 Präsident der Tiroler Industriellenvereinigung, war Katholik; aufgrund seiner jüdischen Herkunft erklärten ihn die Nationalsozialisten nach den Nürnberger Rassegesetzen zum Juden. Seine Jenbacher Berg- und Hüttenwerke ariisierte der deutsche Großindustrielle Ernst Heinkel. Friedrich Reitlinger nahm sich nach der Hetzjagd auf ihn mit seiner Tochter Johanna bereits am 14. März 1938 das Leben.

weitgehend genug ging. Eine Reihe von Denunziationsbriefen erreichte das wüste antisemitische Hetzblatt *Der Stürmer* mit Sitz in Nürnberg. Ein Innsbrucker wandte sich an die Zeitschrift, um einen „verbissenen Sozialdemokraten“, der sich seit dem Anschluss als „100%iger Nazi gebärde“, anzuprangern, da er als Geschäftsführer immer noch einen Juden angestellt habe, der im Gebiet Kitzbühel arbeite.⁷³ Ein anderer Innsbrucker forderte:

„Lieber Stürmer!

Es wird Dir nicht bekannt sein, daß der Rechtsanwalt Dr. L. M. (...) in der Hauptsache Juden als seine Klienten hat. Es handelt sich um die abgetakelten jüdischen Geschäftsleute in Innsbruck, die an ihm ihren Anwalt gefunden haben, damit er ihre Interessen gegen die arischen Schuldner wahrnimmt. Wie vereinbart sich das, wenn ein mit dem Parteiabzeichen stramm umherlaufender junger Rechtsanwalt bei der Judenschaft als der einzig verlässliche Anwalt zur Eintreibung von Forderungen gegen arische Mitmenschen gilt. Du, lieber Stürmer solltest es der Öffentlichkeit bekannt geben.“⁷⁴

Nicht nur aus Innsbruck, auch aus anderen Bezirken Tirols schrieben besorgte Volksgenossen dem „Stürmer“ aus Judenfeindschaft, Rachsucht und persönlichen Interessen. Derartige Denunziationen hatten im gesamten Deutschen Reich überhandgenommen, selbst die Gestapo stufte viele dieser anonymen Briefe und Anzeigen als falsch oder unbegründet ein. Ein ähnliches denunziatorisches Engagement aus der Tiroler „Volksgemeinschaft“ gegen reale oder vermeintliche Liebesverhältnisse, die als „Rassenschande“ gebrandmarkt waren, kostete ausländischen Zwangsarbeitern in der Kriegszeit das Leben und führte Tirolerinnen ins Gefängnis oder ins Konzentrationslager. Solche Initiativen aus der Bevölkerung waren es, die dazu beitrugen,

Der Stürmer. Wochenblatt zum Kampf um die Wahrheit war eine wüste antisemitische Zeitschrift, die 1938 in einer Auflage von einer halben Million Exemplaren erschien. Die Reichweite war weitaus größer, weil das Hetzblatt in Schaukästen hing. (Stadtarchiv Innsbruck)

Fl. 112

Der Stürmer

Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit

HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Nummer 19	Erscheint wöchentlich, Montag-Num. 20 Pf., Doppelnummer monatlich 84 Pf., postfreie Postbestellung. Zusendungen bei dem Herausgeber oder bei jüdisch. Vertriebsb. Hochverlegungen a. B. Verlag. Schluß der An- genommenen 14 Tage vor Erscheinen. Preis für Deutschland-Rap.: Die ex. 20 vom Jahre, 1 vom Jahre Ausland-Preis im Postamtgebühren - 20 Pf.	Nürnberg, im Mai 1938	Verlag: Der Stürmer, Julius Streicher, Nürnberg-G. Thoman- (Ludwigstraße 79. Verlagsleitung: Max Bink, Nürnberg-G. Thoman/Ludwigstraße 79. Fernsprecher 21 823. Postfachamt Post Nürnberg No. 155. Schließung Nürnberg-G. Thoman (Ludwigstraße 79. Fernsprecher 21 823. Schließungamt Post (Ludwigstraße 79. Fernsprecher 21 823. Schließungamt Post (Ludwigstraße 79. Fernsprecher 21 823. Schließungamt Post	16. Jahr 1938
---------------------	---	-----------------------	--	-------------------------

Gaus Rothschild in Wien Sein Werdegang und sein Ende

Beispielt

Die deutsche Tagespresse brachte vor kurzem diesen Bericht:

Das Vermögen Rothschilds beschlagnahmt Dem jüdischen Gauner das Handwerk gelegt

Wien, 22. April. Die im Besitz von Dr. Viktor Rothschild, einer der größten Finanzkorymben aller Zeiten, befindlichen drei großen Güter in Waldhofen an der Ybbs, in Steinbach im Waldviertel und in Leobersdorf bei Brunnau wurden von der Scheinamen Staatspolizei beschlagnahmt und in den Besitz des Reiches übergeben.

Zweck dieser Maßnahme ist eine Wiedergutmachung der Schäden zu ermöglichen, die durch die von Rothschild betriebenen Währungsaktionen bei dem Zusammenbruch der Oesterreichischen Creditanstalt und seine Wechselkassens mit dem österreichischen Bundesbank entstanden sind.

Von den Witzbegleitern, die Rothschild in Wien einheimische und insofern jedoch meist mehr verachtete, ist dieser Weltbürgerfamilie, die auf ihrem Wankzug alle Länder durchzogen, zum ersten Male eine Wand entgegengetreten, von der sie wissen soll, daß sie unangenehm ist.

Mit dieser Maßnahme und mit ihrer Bekanntgabe wurden die Klagen der ganzen Welt auf einen Namen gerichtet, der im Verlaufe des letzten Jahrhundert schon mehr als einmal von aller Welt genannt worden war. Auf das Bankhaus Rothschild. Dieses Haus ist für Europa der Begriff der jüdischen Finanzmacht. Es hat Filialen in London, in Paris, in London, in Berlin, in Mailand, in Wien, in Frankfurt.



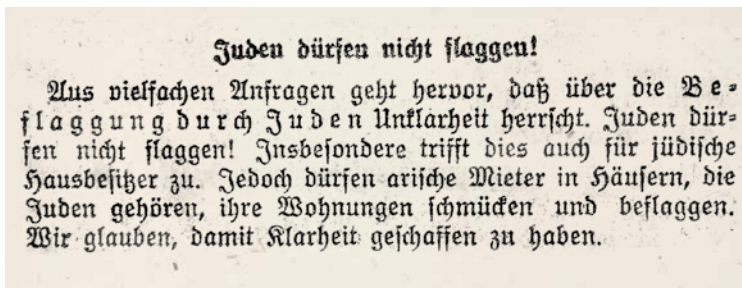
Juda steht abseits, haßerfüllt der Blick,
Für diese Jugend gibt es kein Zurück!

Aus dem Inhalt

- Wieviele Juden gibt es auf der Welt?
- Juden bestrafen die Rassenhunde
- Juden in Paris
- Jüdische Gelder in Ostspanien
- Aus der Reichshauptstadt
- Aus Hamburg
- Juden am Hamburger Hafen / Achtung, NS-Fahrer und Seeleute!
- Kein Zeichen eines Jüdischgeschäftes gestattet!

Die Juden sind unser Unglück!

die deutsch-arische „Volksgemeinschaft“ herzustellen, eine neue rassistische Ordnung im Alltag zu verwirklichen und einem vom „Volksempfinden“ getragenen Recht zum Durchbruch zu verhelfen. Besonders aktiv zeigten sich die Vorstände des Automobilklubs Tirol und der zahlreichen Turn-, Sport- und Spielvereine, die binnen kürzester Zeit ihre jüdischen Mitglieder ausschlossen, teils noch bevor die Nürnberger Rassengesetze, die definierten, wer als Jude einzustufen war, auch in Tirol am 20. Mai 1938 offiziell in Kraft traten. Dieser vorausseilende Vollzug antijüdischer Ausgrenzungsmaßnahmen von Privatpersonen in Vereinsfunktionen wie auch von Kommunalbeamten zeigt, dass die judenfeindliche Politik auf



Innsbrucker
Nachrichten,
1.4.1938, 7

Zustimmung stieß. Der Inhaber eines Innsbrucker Immobilienbüros, der seine jüdischen MieterInnen auf Aufforderung der Partei kündigte, verbat sich die Kritik von dritter Seite an seiner Vorgangsweise, die er aus politischer Überzeugung durchführte.⁷⁵ Die Auswirkungen der Nürnberger Rassengesetze waren nicht nur für die 365 Tiroler und Tirolerinnen, die sich bei der Volkszählung 1934 zur jüdischen Religion bekannt hatten, dramatisch. Nun waren auch Menschen als Juden kategorisiert, die ein anderes Religionsbekenntnis hatten oder konfessionslos waren, sodass die Zahl der nach NS-Kriterien als „Volljuden“ (585) und „Mischlinge 1. Grades oder Halbjuden“ (176) Eingestuftem auf mindestens 761 Personen stieg.⁷⁶ Der Druck auf nicht-jüdische Eheleute, die mit einer Jüdin oder einem Juden verheiratet waren, wurde immer unerträglicher. Richard Quandest berichtet über das Leben in Innsbruck mit seiner Frau Olga, die schließlich doch im April 1943 in der Gauhauptstadt verhaftet und keine drei Monate später in Auschwitz ermordet wurde:

„Von verschiedenen NS Stellen wurde ich während der ersten Jahre wiederholt aufgefordert, mich von meiner Frau scheiden zu lassen, um dadurch den Arbeitsverboten zu entgehen. Ich antwortete stets mit der Frage: ‚Würden Sie dies auch anständig von mir finden?‘ – Aus dem gesellschaftlichen Leben wurden wir fast ausgeschlossen, meine Frau hatte Ausgehverbot nach 8 Uhr abds. Verbot des Besuches von Kino, Theater, Konzerte sowie von öffentlichen Bädern und Parkanlagen. Wir litten schwer unter diesen ständigen Verfolgungen und ich unter der Ohnmacht, meiner Frau nicht helfen zu können.“⁷⁷

In atemberaubendem Tempo folgte eine judenfeindliche Verordnung der anderen. Wofür es in Deutschland Jahre benötigte, wurde in Österreich binnen Tagen, Wochen und Monaten in Kraft gesetzt. Die jüdische Bevölkerung Innsbrucks stand unter Schock. Auf die Praxis von Diskriminierung, Ausgrenzung und Demütigung reagierten einige Menschen mit Selbstmord, sie ertrugen den Status der Rechtlosigkeit, ihre soziale Ächtung, den gesellschaftlichen Ausschluss, die Auslöschung ihrer beruflichen Existenz und die Vernichtung all dessen, was sie sich mühsam über einen langen Zeitraum aufgebaut hatten, nicht. Der Rabbiner von Innsbruck versuchte, Mitgliedern der Israelitischen Kultusgemeinde Hoffnung auf ein neues Leben in Palästina zu geben, „damit sie nicht Hand an sich legten.“⁷⁸ An der medizinischen Fakultät in Innsbruck nahm sich Univ.-Prof. Gustav Bayer, jahrelanger Leiter des Instituts für Experimentelle Pathologie, unter dem Eindruck der NS-Machtübernahme mit seiner 17-jährigen Tochter Helga bereits am 15. März 1938 das Leben. In seinem Abschiedsbrief bat er seine „alten Fakultätskollegen“, ihn in guter Erinnerung zu bewahren: „In alter Treue!“⁷⁹ Helga Bayer ging ins Mädchengymnasium in der Sillgasse, einem Hort des illegalen Bundes deutscher Mädels (BDM). Wer in Tirol jüdische MitschülerInnen hatte, erinnerte sich nach dem Krieg auf sehr ähnliche Weise an sie: „Sie verschwanden dann bald und keiner wußte wohin.“⁸⁰ Auch die Erinnerungen der Klassenkolleginnen von Helga Bayer gehen in diese Richtung: „Wir haben drei Jüdinnen gehabt in der Klasse. Das war für uns überhaupt kein Begriff. Knapp nach der Umbruchszeit war die Jüdin weg. (...) Da hat es geheißt, die sind Juden gewesen und die mussten weg, das war gefährlich für die, das war

uns alles kein Begriff. (...) da hab' ich nie was mitbekommen. Ich glaub' auch in der ganzen Schule nicht.“⁸¹

Ernst Schwarz, einer der Geschäftsführer des jüdischen Kaufhauses Bauer & Schwarz in der Maria-Theresien-Straße, notierte zwischen März und Mai 1938 in sein Tagebuch: „Die Hunde schauen mich auf der Straße genau so an wie früher. (...) Nie in meinem Leben habe ich so viel elende Charaktere gesehen und erlebt, wie in den Tagen, da es im Jahre 1938 Frühling wurde! Fremd der Himmel, fremd die Berge, die einem gleichen! (...) Gestern, da grüßten sie mich, heute schauen sie weg oder tun, als würde man sie nie gekannt haben, heute bin ich der Jude (...)“.⁸²

Im Herbst 1938 wurden jüdische Eltern gezwungen, ihre Kinder aus den öffentlichen Schulen zu nehmen. Sie mussten an den Innsbrucker Stadtschulrat ein Ansuchen um Schulbefreiung stellen. Wie freudig Mitarbeiter im Magistrat ihre Pflicht erfüllten, geht aus einer handschriftlichen Notiz eines Sachbearbeiters auf einem der erzwungenen Ansuchen hervor, wo es hieß: „Endlich beginnt sich das Judenpack zu verziehen.“⁸³ In den Schulbehörden saßen Männer, die antijüdische Gesetze restriktiver auslegten als die staatlichen Zentralstellen in Berlin. Ihr Dienstesteifer zeigt, dass die Grenzen zwischen Ein- und Ausschluss in der „Volksgemeinschaft“ nicht bloß existierten, sondern ausgehandelt wurden. Die verschiedenen Akteure zogen sie durch ihre Praktiken. Nikolaus Hermann wurde als „Halbjude“ die Aufnahme in die erste Klasse der Volksschule Pradl verweigert. Seine nichtjüdische Mutter legte über ihren Rechtsanwalt erfolgreich Berufung ein. Daraufhin revidierte der oberste Repräsentant von Partei und Staat in Tirol, Gauleiter Franz Hofer, den positiven Bescheid seines Amtes. Als die Mutter eine Sachverhaltsdarstellung an das Reichserziehungsministerium sandte, wurde ihrem Ansuchen stattgegeben. Auf dem Antrag der Tiroler Schulbehörde auf Ablehnung der Einschulung von Nikolaus Hermann notierte der ministerielle Sachbearbeiter: „Unsinn, das Kind ist schulpflichtig.“⁸⁴

Auch Lehrkräfte und Schuldirektoren betrieben eifrig den Ausschluss jüdischer Kinder. Viele Lehrpersonen verhielten sich neutral, hielten sich aber sonst bedeckt. Sie zeigten kaum Anteilnahme und übergingen die Aussonderung jüdischer Kinder stillschweigend: „Einem meiner Freunde in einer anderen Klasse fiel damals auch das plötzliche Verschwinden

O T T O L E V E N

I N N S B R U C K, 20.X.38.
Falkstr.18.

An den
Bezirks-Schulrat von Tirol
Innsbruck.

Zufolge Ihrer Bekanntmachung in den I.N.teile ich Ihnen mit, dass meine Tochter U R S U L A L E V E N im Schuljahr 1937/38 die zweite Klasse des Mädchen Realgymnasiums besuchte. Als Jüdin kommt für meine Tochter hier ein Schulbesuch nicht mehr in Frage. Durch meine baldige Übersiedlung wird sie Gelegenheit haben wieder eine Schule zu besuchen

Eingetragen.

Hochachtungsvoll

Otto Leven



Im Herbst 1938 zwang der Innsbrucker Stadtschulrat jüdische Kinder, die Schulen zu verlassen.⁸⁵



Vera und Karl Heinz 1933. Ihrem Vater Ernst Schwarz gelang es nur mit Mühe, für seine Kinder eine Einreisegenehmigung nach England zu beschaffen. Karl Heinz verkraftete die Entwurzelung nicht, er nahm sich 1949 das Leben. (Vera Adams)

zweier Mitschüler auf, das von Seiten des Klassenlehrers nicht kommentiert wurde. Erst nach dem Krieg wurde uns bewußt, daß es sich um jüdische Kinder gehandelt hatte.“⁸⁶

Andere Lehrer wiederum engagierten sich aktiv gegen jüdische Kinder. Der 12-jährige Karl Heinz Schwarz, wurde von Klassenkameraden, die in der HJ waren, gemobbt. Als er sich zur Wehr setzte, meldete ihn der Mathematiklehrer dem Schulleiter, der seinen Austritt aus der Schule veranlasste. Über das „Verhör“ berichtete der Lehrer:

„Schwarz fing zu weinen (...). Der Herr Direktor fragte vor allem den Schüler Schwarz, wie er zu der Äußerung Kriegsverräter komme. Schwarz erklärte, daß sein Vater und dessen Bruder eingerückt gewesen seien, ihre Pflicht dem Vaterland gegenüber geleistet hätten und daß es von den Mitschülern sehr undankbar sei, ihn Saujud, wie er ständig geschimpft werde, zu nennen. (...) Der Herr Direktor gab Herrn Schwarz den Rat, seinen Sohn als Privatist weiterstudieren zu lassen. Herr Schwarz erklärte sich damit einverstanden.“⁸⁷

Schulbeamte, Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern und MitschülerInnen wirkten an der Exklusion der jüdischen Schulkinder mit. Sie trugen ihren Teil dazu bei, die Klasse zu entsolidarisieren, soziale Distanz zu schaffen, die jüdischen SchülerInnen zu isolieren und schließlich die Klassengemeinschaft als Teil der „Volksgemeinschaft“ vom jüdischen Einfluss zu reinigen. Dies verdeutlicht auch das Beispiel des neunjährigen Erich Weinreb:

„Aber eines vergesse ich nie. Plötzlich ist ein neuer Lehrer in die Klasse gekommen, er war oben am Podium und hat unsere Namen vorgelesen. Jeder ist aufgestanden. Als er mich aufgerufen hat, sagt er: ‚Erich Weinreb, da haben wir so eine kleine Judensau, komm her du Saujud.‘ Und ich stehe auf und er schmiert mir eine. Ich bin geflogen, ich weiß nicht, bin ich wieder auf meinen Platz oder gleich nach Haus gegangen und nie mehr zurück in die Schule?

Die Reaktion der Kinder, meiner Freunde, als er mich geschlagen hat, die haben gelacht, das waren Kinder, was sollten sie dem Lehrer sagen? ‚Es ist nicht schön, dass du meinen Freund schlägst?‘



Vor allem Tiroler Fremdenverkehrsgemeinden wie Igls oder St. Anton, wo jüdische Gäste gerne ihren Urlaub verbrachten, stellten derartige Schilder auf. (Stadtarchiv Innsbruck)

Niemand hat mehr mit mir geredet, außer zwei Schulfreunde, die im selben Haus wie ich gewohnt haben (...) Die Familie ist nach dem Einmarsch nur mehr wenig ausgegangen. Sie haben oft aus dem Fenster hinausgeschaut und ich bin viel im Hof herumgegangen, habe dort oder in der Wohnung mit meinem Bruder Poldi gespielt.“⁸⁸

Vereinzelt konnten auch positive Erfahrungen gemacht werden. Gottfried Halef Krug durfte zwar als „Mischling 1. Grades“ nach dem Anschluss den

Kindergarten auf Initiative der Leitung nicht mehr besuchen, in der Volksschule malträtierte ihn die Lehrerin ebenso wie seinen Sitznachbarn, ein Roma-Kind, doch ein befreundeter Metzger im Innsbrucker Schlachthof half der Mutter, die ständig in der Gestapozentrale vorsprechen musste, während der nichtjüdische Ehemann an der Front war. Eine Freundin der Familie kam weiterhin auf Besuch, obwohl die Gestapo ihr jeglichen Kontakt eindringlich untersagt hatte.⁸⁹

Die alltägliche Erfahrung der Einschränkung staatsbürgerlicher Rechte war für die durch Flucht und Abwanderung dezimierte jüdische Bevölkerung deprimierend, noch niederschmetternder war die Tatsache, dass die Justiz die Gesetze nicht mehr durchsetzte und die Polizei bei Übergriffen nicht einschritt, während die Gestapo zur Beschleunigung der „Auswanderung“ im September 1938 24 jüdische Haushaltsvorstände aus Innsbruck schwer misshandelte, die Übergabe von Betrieben abpresste und Ultimaten stellte, bis wann sie aus Tirol zu verschwinden hätten. Umso wichtiger war jede menschliche Geste, die dazu beitrug, die Einsamkeit, Verlassenheit und Isolation zu durchbrechen. Dazu Grete Graubart, deren Mann Richard Inhaber eines Schuhgeschäftes in der Museumstraße war: „Wir mussten alle öffentlichen Anstalten und Gärten meiden. Es gab einige Leute, die den Mut hatten, sich unser zu erinnern. Wir waren immer sehr glücklich, wenn wir irgendwo einen Freund fanden. Es war uns dann leichter alles Schlimme zu ertragen.“⁹⁰



Vera Graubart mit ihrem Vater Richard in Innsbruck (Vera Graubart). Nach der Ermordung des Vaters in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 konnte sie mit ihrer Mutter nach England flüchten.

Mitwirkung am Boykott gegen jüdische Geschäfte

Nach der NS-Machtübernahme organisierten lokale Parteigenossen und SA-Männer mehrere Schmieraktionen gegen jüdische Geschäfte, die bereits zwei Wochen nach dem Anschluss einsetzten. Die Schaufenster wurden gekennzeichnet mit dem Davidstern, dem Wort Jude oder der zynischen Aufforderung: „Gute Reise nach Palästina!“ Damit war der Straftatbestand der Nötigung gesetzt, doch der Staat brach das Recht.

Die Partei, der Oberbürger-

meister von Innsbruck, der Stadtmagistrat, die staatlichen Behörden und die Konkurrenz der Wirtschaftstreibenden erkannten, dass sie mit einem Boykott die jüdischen Familien unmittelbar schädigen und sozial isolieren konnten und so völlig neue Möglichkeiten der Gestaltung von Politik hatten. Der Boykott bot die Gelegenheit, weitere radikale Maßnahmen zu setzen: Bei ausgewählten Geschäften standen Posten, um Kaufwillige drohend vom Betreten abzuhalten. Die Nationalsozialisten demonstrierten so ihre Handlungsmacht: Sie wollten die jüdischen

BesitzerInnen nicht nur berauben und demütigen, sie wollten auch, dass jeder dies sah. Die verunstalteten Schaufenster waren in mehreren Straßenzügen im Stadtzentrum allgegenwärtig. Wer durch Innsbruck schlenderte, seine Besorgungen machte, seinem Beruf nachging oder sich auf der Straße unterhielt, stieß ständig auf Aufforderungen zum Judenhass, während, von der Partei organisiert, grölende Menschenmengen ihre Parolen brüllten. Die Inhaber und Besitzerinnen des Kaufhauses Bauer & Schwarz berichteten:

„Zuerst begann man mit der ständigen Aufstellung von Posten vor dem Geschäftseingang, die von halbwüchsigen Burschen bestritten wurden und die alle Kunden abhielten, unser Geschäft zu betreten.



„Schluß mit jüdischen Bazillenträgern“
Die Verjudung italienischer Städte - Stürmische Reaktion gegen die Judeninvasion

Innsbrucker Nachrichten, 19.8.1938, 3



„Die Juden sind eine Mißbildung“
„Gemischt mit jeder Rasse, aber in keiner aufgegangen“ - Warnung vor jüdischer Einwanderung

Innsbrucker Nachrichten, 30.6.1938, 2

Wir wurden gezwungen, in sämtliche Schaufenster Plakate in grosser Aufmachung anzubringen, die die Aufschrift ‚Jüdisches Geschäft‘ trugen. Diese Plakate beschimpften sogar dennoch eintretende Kunden und es gab Tätlichkeiten. Eines Tages marschierte eine Abteilung von SA-Leuten vor unserem Geschäft auf und nahm nun parallel zur Hausfront Stellung. Dann schrieten sie im Chor: ‚Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter!‘ und ‚Nur ein Arierschwein kauft beim Juden ein!‘ Dann traten einige aus der Abteilung heraus und beschmiereten sämtliche Schaufenster in metergrossen Lettern mit weissem Ätzkalk mit der Inschrift ‚Jude‘.⁴⁹¹

Kundschaft, die sich in den Verkaufsräumen aufhielt, wurde von SA-Leuten, die ins Warenhaus stürmten, „mit wütenden Beschimpfungen buchstäblich aus dem Geschäft hinausgejagt, und auch einzelne vom Personal machten Kunden darauf aufmerksam, dass sie sich in einem jüdischen Geschäft befänden (...). So zeigte es sich bald, dass niemand mehr den



Innsbrucker Nachrichten, 21.4.1938, 5

Mut fand, unsere Geschäftslokale zu betreten.⁴⁹² Im April 1938 forderten die gleichgeschalteten Zeitungen die Bevölkerung auf, die

kenntlichgemachten Geschäfte zu meiden. Das reichsdeutsche Antisemitentblatt *Der Stürmer* widmete diesen Vorgängen in Innsbruck gleich drei Artikel im Juni, Juli und September 1938. Im Juli wurde berichtet: „Sämtliche Judengeschäfte – ohne Ausnahme – sind als jüdisch gekennzeichnet. In jedem Schaufenster prangt groß ein gelbes Schild ‚Jüdisches Geschäft‘. Der Besucher staunt. Das haben die Tiroler schon in den wenigen Wochen durchgeführt! Und wir im Altreich, wir sind heute noch nicht so weit! (...) Wir sind stundenlang an den Judengeschäften in der Maria-Theresia-Straße und Museumsstraße zu Innsbruck auf und ab gegangen und sahen nicht einen einzigen Kunden, der sich in die Judenläden verlieh.“⁴⁹³

Ähnliche Schilderungen waren in der September-Ausgabe des Hetzblattes zu lesen: „Und es ist doch den Juden kein Haar gekrümmt worden.



Deutsche Volkszeitung, 21.6.1938, 5

Nicht mit Gewalt, nicht mit Beleidigung hält man sich den Juden vom Leibe, sondern nur mit absoluter Verachtung und mit einer dauernden Erziehung zum absoluten Abstand vom Juden. Ist der Jude unter den deutschen Volksgenossen isoliert, dann geht ihm die Luft aus.“⁹⁴

Anna, eine ehemalige Innsbrucker BDM-Führerin, hat keine Erinnerung an diese Vorgänge mitten in Innsbruck. Im sozialen Alltag von Anna wurden die Jüdinnen und Juden gar nicht mehr wahrgenommen, schon wenige Wochen nach dem Anschluss galten für sie nicht mehr die sozialen Verbindlichkeiten von Gerechtigkeit und Mitleid. Anna setzte mit großem Idealismus ihre Energie, Schaffenskraft und soziale Einstellung für Angehörige der „Volksgemeinschaft“ ein. Die jüdische Bevölkerung nahm sie jedoch von diesen Werthaltungen aus. Um ambivalenten Gefühlen und möglichen Verunsicherungen gegenüber ihren nationalsozialistischen Idealen aus dem Weg zu gehen, beschloss sie, nichts zu sehen und sich auch nicht zu erinnern. 1997 erzählte sie einer nahen Verwandten in einem Interview:

„Wir waren mit dem Judenproblem überhaupt nicht konfrontiert in Tirol. Wir, ich habe es nicht gewusst, weil wie diese Dinge passiert sind mit Fenstereinschlägen beim, bei dem Schuhgeschäft, jetzt weiß ich nicht mehr, wie der heißt, Graubart, oder beim Schwarz, wo jetzt Kaufhaus Tyrol war, da hat die SA die Fenster eingeschlagen in der Nacht und draufgeschrieben ‚Jude verrecke!‘ oder sowas, das habe ich nicht gesehen. Das war für mich nicht da, weil ich doch in der Familie behütet war. Das ist in der Nacht passiert und in der Früh habe ich es nicht gesehen, wie ich in die Schule gefahren bin mit dem Rad schnell, schnell, schnell. Und dann ist es doch wieder aufgeräumt gewesen oder, und gesagt hat es mir niemand. Daheim ist da nicht

gesprochen worden. Also für mich war das nicht existent. Ich weiß nicht wieso, entweder war ich jung, ich hab's verd..., ich hab's nicht gesehen und gesagt.

I.: Geredet ist da nicht worden über diese Pogromnacht?

Nein.

I.: Und dass die Leute umgebracht worden sind?

Nein, ich weiß nichts, ich weiß nichts.“⁹⁵

Teil der „Volksgemeinschaft“ zu sein, und dies machte ihre Attraktivität aus, hieß die damit verbundenen Vorteile lukrieren zu können und selbst gegenüber den Nicht-Zugehörigen aufgewertet zu werden. Aufgrund der Öffentlichkeit der Verbrechen musste man sich mit einer wie immer gearbeteten Reaktion positionieren. Die gewalttätige Praxis des Judenhasses im öffentlichen Raum dominierte den Alltag und durchdrang die einzelnen Lebensbereiche. Dieser neue, in einem so kurzen Zeitraum hergestellte Referenzrahmen des Nationalsozialismus war derart radikal verschieden von dem vor 1938, dass sich die Menschen dessen in außerordentlichem Maße bewusst waren. Nirgends war das Wesen der „Volksgemeinschaft“ mit seiner Einteilung in Zugehörige und Nicht-Zugehörige so augenscheinlich und sichtbar wie in der antisemitischen Praxis der NS-Diktatur. Genau darüber vollzog sich „eine deutliche Veränderung in dem, was man im Umgang mit Menschen für ‚normal‘ und ‚anormal‘, für ‚gut‘ und ‚böse‘, für angemessen und empörend“ hielt. Binnen Kurzem entstand eine „nationalsozialistische Moral“; die neuen Bezugsgrößen moralischen Handelns waren Volk und „Volksgemeinschaft“. Nationalsozialistische Werte und Normen der Ungleichheit, des Rassismus und einer eingeschränkten Solidarität ausschließlich zu den Zugehörigen ersetzten Werte von vor 1938 und noch mehr von vor 1934. In dieses Bild passt, dass der Nationalsozialismus den Rechtstatbestand der unterlassenen Hilfeleistung einführte. Dieser galt aber nur für die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“, nicht für Jüdinnen und Juden. Ihnen gegenüber wurde ein unterstützendes Verhalten sanktioniert.⁹⁶

Was in den Erinnerungen gerne getrennt wird, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen, emotionalisierende Gemeinschaftserlebnisse einerseits, die Judenverfolgung, Terror gegen



Schmieraktion am Schuhgeschäft Graubart (Archiv Michael Gehler)

Andersdenkende, Repressionen gegen gesellschaftliche AußenseiterInnen andererseits, ist auf das Engste miteinander verbunden. Wer sich von der Propaganda und den Vorteilen der „Volksgemeinschaft“ angesprochen fühlte, übernahm die antisemitische Politik des Ausschlusses billigend, ohne deshalb antisemitisch sein zu müssen.⁹⁷ Jedenfalls, und dies ist keineswegs selbstverständlich: So wie bei den Ausgrenzungsprozessen an der Universität, in den Schulen, im öffentlichen Dienst, in den freien Berufen und gegen sozial Randständige kaum jemand Einwände erhob, so war dies auch und vor allem bei der Exklusion der jüdischen Bevölkerung der Fall, die nicht nur Ressentiments bediente und Bereicherungsmöglichkeiten bot, sondern auch das Überlegenheitsgefühl jedes noch so sozial deklassierten Volksgenossen erhöhte. Während es den einen immer schlechter ging, fühlten sich die anderen immer besser. An ihrem rassistischen und antisemitischen Kurs mussten die Nationalsozialisten nichts ändern, er war mehrheits- und zustimmungsfähig: Die Gewalt stiftete Gemeinschaft.

Es gab die aktiven Täter, den Vollzugsbeamten am Schreibtisch und Beteiligte, die höhnten und anfeuerten und so den Rechtsbruch ebenso

legitimierten wie die neugierig Zuschauenden, indem sie anwesend waren und passiv blieben. Weiters gab es die Schweigenden, die sahen, was geschah, jedoch wegschauten, um nicht Stellung beziehen zu müssen, und gerade durch dieses Verhalten klar Stellung bezogen. Sie alle waren nicht nur Befehlsempfänger. Als „Duldende oder Billigende“ nahmen sie eine aktive Rolle ein. Ein großer Teil der Gewalt war öffentlich, sodass die Täter ihre Macht zur Schau stellten und die Opfer ihre Ohnmacht erlebten. Diejenigen, die nur dabeistanden und zusahen, willigten durch diese passive Verhaltensweise in die Gewalt ein, vor allem aber erfuhren auch sie ihre Ermächtigung und konnten an der Machtausübung Komplizenhaft teilhaben. Diese „Komplizenschaft vor Ort“ war als „Politik von ‚unten‘ ebenso notwendig wie die Erlasse, Gesetze und Maßnahmen ‚von oben‘, um die Volksgemeinschaft herzustellen. In dem Moment, in dem Recht gegenüber einer Gruppe ohne Folgen gebrochen werden konnte, war die Grenze der Volksgemeinschaft bereits gezogen, die einerseits alle Volksgenossen einschloss, andererseits alle Juden und andere ‚Fremdvölkische‘ wie ‚Gemeinschaftsfremde‘ ausgrenzte.“⁹⁸

„Tätige Teilhabe“ an der Aneignung jüdischen Vermögens

Die materielle Enteignung der Innsbrucker Jüdinnen und Juden, die im Großen und Ganzen innerhalb nur eines Jahres durchgeführt wurde, verdichtet dieses beschämende Bild.⁹⁹ Gleich nach der Machtübernahme plünderten Mitglieder von Parteigliederungen vereinzelt jüdischen Besitz und bereicherten sich an persönlichen Wertgegenständen ihrer Opfer. SA, SS, Gestapo und HJ konfiszierten auf eigene Faust Autos, Schmuck, Wohnungs- und Geschäftseinrichtungen, Radios, Grundstücke und Häuser. Das meiste behielten sie für sich, ein kleinerer Teil kam an das Land Österreich. Selbst der Leiter der Innsbrucker Gestapo hielt

Annoncen aus den Innsbrucker Nachrichten und der Deutschen Volkszeitung 1938. In regelmäßigen Abständen konnte die Bevölkerung lesen, wer sich welches Geschäft billig angeeignet hatte.

Die Firma
JULIUS BAUER & CO.
 Manufakturwarenhandlung
 BRIXNERSTR. 2 — HERZOG-FRIEDRICH-STR. 7
ist in arischen Besitz übergegangen
 Inhaber: Xaver Moosburner

Grätzer & Seidl Brennweinbrennerei und Likörfabrik, Innsbruck
entjudet!
 Das Unternehmen wurde von mir käuflich erworben. Ich werde den Betrieb in fachmännischer Weise ausbauen und ihn bestmöglich meine Geschäftsfraunde in jeder Art zurufen zu stellen.
JAKOB STRICKNER
 Brennweinbrennerei, Likörfabrik, Tee-Import, Fruchtsäfte und Dessertweine
 Innsbruck
 Andreas-Hofer-Strasse 29
 RUF Nr. 396

Schuhhaus Graubart
 INNSBRUCK, MUSEUMSTRASSE NR. 8
 AB MORGEN, SAMSTAG,
arischer Betrieb!

Luchhaus G. Hacker
 ab heute
arische Firma
 Innsbruck, Anichstraße 6
 Inhaber: Pahr & Spörr

Das größte Kaufhaus Tirols
 Bauer-Schwarz, Innsbruck, Maria-Theresien-Str. 33-35
 wurde von uns käuflich erworben und durch in arischen Besitz überführt. — Mit Unterstützung einer leistungsfähigen Selbstverwaltung, die realisiert aus der bisherigen Firma übernommen wurde, hoffen wir das Vertrauen unserer Kunden zu gewinnen durch gute Ware und Preisbereitschaft. — Wir bitten um Ihren persönlichen Besuch.

F. Kraus & Co.
 VORM. BAUER-SCHWARZ KAUFHAUS INNSBRUCK
 MARIA-THERESIEN-STR. 33-35
 Eröffnung Donnerstag, 3. November, 9 Uhr

Modenhaus Julius Meisel
 in arischen Besitz übergegangen
 Rabitsch & Richter, Innsbruck, Anichstraße, Tel. 739

Kaufhaus Altstadt R. Heber
 ab heute arisch Inhaber E. Rudigier

Eröffnung des
Möbelhauses Karl Zoglauer d. J.
 am 22. August 1938 in den ehemaligen Räumen der Stern III. Deuil
 Anichstraße Nr. 7
 Ständige Ausstellung, Koffern, Kisten, Ledermüllerei, Bekleidung

Kleiderhaus „Zum Matrosen“
 Innsbruck · Anichstraße Nr. 4
arisiert!

Schuhhaus Julius Pasch
 ab heute arischer Betrieb:
Schuhhaus Rüd
 Innsbruck, Maria-Theresien-Strasse 13

Kundmachung!
 Diese alten bewährten Vollgesessenen und Vollgesessenen bekannt, daß ich das normale übliche Kaufhaus „Frisa“ (Ehemaliger Fritz Gogel, Innsbruck, Wilhelm-Grell-Strasse 4) kauftlich erworben habe und ab 20. Mai als rein arischer Unternehmer unter der Bezeichnung **Kaufhaus „Gogel“** (Inhaber Georg Gogelinger) weiterführe.
 Durch diese Überführung ist es nunmehr allen Vollgesessenen möglich, ihren gesamten Bedarf in mehrer Firmen zu beden. Ich werde mir alle Mühe geben, mit guter Ware und angemessenen Preisen das Vertrauen vielerster Stelle zu gewinnen.
 Kaufhaus „Gogel“, Zuh. Georg Gogelinger, Innsbruck, Wilhelm-Grell-Str. 4

Schindler-Großgarage
 Innsbruck, Karmelitergasse 21
 ab heute entjudete Firma
 Inh.: Fr. Brugger & Co.

Firma S. Schindler
 ist entjudet!
 Erste Tiroler Fruchtsaftpresserei,
 Landesproduktionsbrennerei und
 Lihörfabrik ab heute in arischem
 Besitz
 Ewald Jäger

Modenhaus Schülhof
 ab 1. Juli arisiert!
Modenhaus Pohl
 INNSBRUCK · MUSEUMSTRASSE 12

Modellhaus Stiaffny & Schlefinger
 ab heute arisch!

TEE-STEINER
 ab 1. August
ENTJUDET
 Jetzt
 Niederlassung für die Ostmark
 der
Fa. Ernst Grosch, Tee-Import
 349
 Frankfurt a. Main





7



8



9

- 1 Bauer & Schwarz, Maria-Theresien-Straße (Stadtarchiv Innsbruck)
- 2 Blum, Anichstraße (Stadtarchiv Innsbruck)
- 3 Graubart, Museumstraße (Stadtarchiv Innsbruck)
- 4 Zum Matrosen - Leon Abrahamer, Anichstraße (Stadtarchiv Innsbruck)
- 5 Hacker, Anichstraße (Stadtarchiv Innsbruck)
- 6 Hermann, Leopoldstraße (Stadtarchiv Innsbruck)
- 7 Brüll, Anichstraße (Stadtarchiv Innsbruck)
- 8 Corso, Julius Pasch, Maria-Theresien-Straße (Stadtarchiv Innsbruck)
- 9 Fuchs, Museumstraße (Stadtarchiv Innsbruck)



- 10 Meisel, Anichstraße
(Stadtarchiv Innsbruck)
- 11 Friedrich Pasch,
Maria-Theresien-
Straße (Stadtarchiv
Innsbruck)
- 12 Julius Pasch,
Maria-Theresien-
Straße (Stadtarchiv
Innsbruck)
- 13 Tiroler Bekleidungs-
haus, Ephraim
Diamand, Adam-
gasse (Stadtarchiv
Innsbruck)
- 14 Schindler, Maria-The-
resien-Straße (Niko
Hofinger)
- 15 Stiassny u. Schlesin-
ger, Anichstraße
(Stadtarchiv Inns-
bruck)

das Vorgehen bei diesen „wilden Arisierungen“, die er als „Sicherstellungen (...) im Zuge der nationalsozialistischen Revolution“ bezeichnete, für rechtlich nicht einwandfrei.¹⁰⁰ Nicht nur aus Tirol, auch aus anderen österreichischen Gauen, aus Deutschland und Südtirol meldeten sich unzählige Interessierte, um Fabriken, Geschäfte, Betriebe, Villen und Wohnungen kostengünstig erstehen zu können. Die Partei arbeitete mit der Gestapo zusammen: Verhaftungen, Schläge, Misshandlungen und Drohungen machten die jüdischen EigentümerInnen gefügig, ihren Besitz zu vorgegebenen Bedingungen zu verkaufen. Einfache Volksgenossen und Parteimitglieder, hohe NS-Funktionäre bis hinauf zum Gauleiter, Alte Kämpfer, Illegale, SA- und SS-Männer, die Gliederungen und angeschlossenen Verbände der NSDAP, Industrielle, Gewerbetreibende, Händler, Kaufleute, Angehörige der Universität, das Landesmuseum Ferdinandeum, Kunsthändler, eine bekannte Tiroler Filmschauspielerin und nicht zuletzt der NS-Staat lieferten sich einen Bereicherungs-Wettlauf. Jüdische Mieter und Mieterinnen wurden ohne rechtliche Grundlage der Wohnung verwiesen. Repräsentativ für die Vorgänge ist die Aussage eines Innsbrucker Block- und Zellenleiters, der die Wohnung von Richard Berger zugesprochen bekam, der in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 ermordet worden war: „Ich habe mich dann um die Judenwohnung deshalb beworben, weil es mir auf eine andere Art nicht möglich war, eine anständige Wohnung zu erhalten (...) Ich mußte einen direkten Kampf um diese Wohnung führen, weil eine Menge Leute, hohe Persönlichkeiten, darunter sogar der Polizeidirektor Dr. Franzelin, auf eine Wohnung reflektierten.“¹⁰¹

Der Oberbürgermeister von Innsbruck, Rechtsanwalt Egon Denz, sorgte dafür, dass sein Kanzleikollege Rudolf Thelen zum Rechtsvertreter und Konkursmasseverwalter sowie Robert Rom als kommissarischer Verwalter des jüdischen Kaufhauses Bauer & Schwarz in der Maria-There-

Betriebsappell zur Judenfrage.

Am Freitag, den 18. d. M., hielten die Angestellten des Café Schindler in Innsbruck ihren ersten Betriebsappell ab, bei dem der Kreisleiter der nationalsozialistischen Betriebsstellenorganisation Parteigenosse **Nendwich** unter anderem folgendes ausführte:

Viele Volksgenossen verstehen die Stellung der Nationalsozialisten zur Judenfrage nicht. Man hört gerade aus den Kreisen der Arbeitnehmerschaft manchmal, daß ein sozialer Jude als Unternehmer besser sei, als ein unsozialer Arier. Eine solche Erklärung gehe dem Kern der Judenfrage aus dem Wege, denn die Judenfrage ist gerade so wenig eine ausschließlich soziale Frage, wie sie nicht ausschließlich eine religiöse Frage ist, sondern sie ist vor allem ein völkisches und rassistisches Problem. Wir können es mit unserer nationalen Ehre nicht vereinbaren, daß Angehörige eines anderen Volkes in politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Hinsicht beherrschende Stellungen einnehmen. Es ist zum geordneten Leben des Volkes unerläßlich, daß solche Positionen von Angehörigen des eigenen Volkes besetzt werden. Gerade hinsichtlich des Judentums besteht hier eine gewisse Gefahr, weil das Judentum sehr gern seine Besonderheiten unter dem nationalen Deckmantel eines anderen Volkes tarnt. Ohne persönlich zu werden, und ohne irgendwie einer bestimmten Person eine schlechte Absicht unterschieben zu wollen, muß klargestellt werden, daß jüdische Unternehmungen, die kulturell eine Rolle spielen, z. B. bezüglich Musik, Tanz, gesellschaftlichen Lebens, Mode usw. eine ständige Gefahr für das deutsche Volkstum bilden.

Im Anschluß an diese Ansprache hielt der Betriebsstellenobmann **Pg. Schreyer** im Café Schindler eine Rede, in der er die allgemeine soziale Aufgabe der nächsten Zukunft streifte. Nach diesem Betriebsappell fand dann der Gemeinschaftsempfang der Rede unseres Führers **Adolf Hitler** statt.

Die Familie Schindler galt in der Belegschaft als überaus sozial eingestellt, auch in der Bevölkerung genoss sie einen sehr guten Ruf. Daher mussten die Nationalsozialisten ihr Vorgehen gegen die jüdische Familie im Betrieb und in der Öffentlichkeit näher erläutern. (Innsbrucker Nachrichten, 22.3.1938, 5)

sien-Straße bestellt wurden. Gauhauptstellenleiter Thelen und Rom, ehemaliger Finanzberater der Besitzerfamilie und Direktor der Länderbank, unternahmen alles zum Schaden des Unternehmens. Auch sie selbst kamen finanziell nicht zu kurz. Rom erhielt für seine Verdienste monatlich 2.400 Schilling, die Hälfte der Summe ging an die Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago). Diese kommissarische Verwaltungsgebühr entsprach dem fünffachen Monatsgehalt eines überdurchschnittlich gut entlohnten Abteilungsleiters im Kaufhaus, Thelens Entgelt mehr als sechs Jahresgehälter.¹⁰² Der Oberbürgermeister von Innsbruck war aber nicht nur in seiner Eigenschaft als Stadtoberhaupt

und stellvertretender Gauleiter in der wirtschaftlichen „Entjudung“ Innsbrucks involviert. Auch als Vorstand der Innsbrucker Sparkasse half er mit, dass die Villa des in der Pogromnacht schwer verletzten Karl Bauer in den Besitz der NSDAP übergang.¹⁰³ Die „Entjudung“ der Wirtschaft offenbaren das Tiroler NS-Regime nicht nur als ein barbarisches, sondern auch als ein bis zur Gauspitze hinauf durch und durch korruptes, von Freunderlwirtschaft gekennzeichnetes politisches System.

Wiener und Berliner Zentralstellen, die Gestapo, verschiedene Tiroler Parteidienststellen von der Gauleitung zu den Kreisleitungen, vom Arisierungskommissar, dem Gauwirtschaftsberater, dem Amt für Wiedergutmachung, der DAF über die NSV, die Tiroler Industrie- und Handelskammer und vor allem die NS-Hago und Banken, Realitätenbüros, Kreditorenvereine, Versicherungen, kommissarische Verwalter, Konkursmasseverwalter, Treuhänder, Wirtschaftsprüfer und Gutachter – Architekten, Baumeister –, Rechtsanwälte, Notare, der Stadtmagistrat, der Oberbürgermeister von Innsbruck und Bürgermeister diverser Bezirksstädte und Gemeinden, die Landeshauptmannschaft bzw. die Reichsstatthalterei, Bezirkshauptmannschaften, Gerichte und das Finanzamt spielten bei der Beraubung der jüdischen Bevölkerung eine aktive Rolle. Diese breite Beteiligung vieler sozialer Gruppen und zahlreicher Akteurinnen und Akteure enthüllen die „Arisierungen“ als gesamtgesellschaftlichen Prozess. Unter der „tätigen Teilhabe“ eines großen Teils der Innsbruckerinnen und Innsbrucker wurde die jüdische Bevölkerung entrechtet und beraubt. Dies alles ging völlig reibungslos vor sich, ohne Unmutsäußerungen und ohne jeglichen öffentlichen Protest gegen das Unrecht. Auch wenn daraus keine völlige Zustimmung abzuleiten ist, ermöglichte die Passivität und die „repressive Toleranz“ der Stadtbevölkerung, aber auch die Verlagerung von Kritik in den privaten Bereich, dass die vom NS-Regime initiierte Unterdrückung sich

„in alltägliche gesellschaftliche Praxis übersetzt. In der praktizierten Ein- und Ausgrenzung nationalsozialisiert sich die Gesellschaft (...) Es ist der Handlungszusammenhang aus politischer Initiative und privater Aneignung und Umsetzung, der das nationalsozialistische Projekt innerhalb so erstaunlich kurzer Zeit so zustimmungsfähig macht. Man könnte das eine partizipative Diktatur nennen, zu der die Mitglieder

der Volksgemeinschaft gern auch dann ihren Teil beitragen, wenn sie gar keine ‚Nazis‘ sind. So wird ein Handlungszusammenhang sichtbar, in dem veränderte Normen nicht vertikal von oben nach unten durchgesetzt werden, sondern in dem auf praktische und sich kontinuierlich verschärfende Weise das Verhältnis zwischen den Menschen ent-solidarisiert und sich eine neue soziale ‚Normalität‘ etabliert.“¹⁰⁴

Überraschend ist, dass die Ausgrenzung, Entrechtung und Beraubung in der großen Mehrheit der österreichischen bzw. Tiroler Gesellschaft bereits binnen kürzester Zeit kaum mehr als außergewöhnlich und „Abweichung von Normalitätserwartungen“ empfunden wurde. Aus der Perspektive der Opfer stellt sich das Ganze völlig anders dar. Die Ereignisse forderten die Menschen heraus, über ihre Zukunft und Identität nachzudenken. In seinen Tagebucheinträgen¹⁰⁵ zwischen Mai und Juli 1938 stellte sich Ernst Schwarz die Frage: „Wie weit bin ich an der mir aufge-



Innsbrucker
 Nachrichten,
 28.4.1938, 3



Innsbrucker
 Nachrichten,
 19.4.1938, 2



Innsbrucker
 Nachrichten,
 13.7.1938, 2

Bald nach der NS-Machtübernahme erfuhr die Tiroler Bevölkerung vom Plan der NS-Regierung, alle Jüdinnen und Juden bis 1942 aus dem gesamten Deutschen Reich zu vertreiben. Die nationalsozialistische Presse mokierte sich darüber, dass niemand die Flüchtlinge wolle. „Das Boot ist voll“, hieß es bald in der Schweiz, die zahlreiche Jüdinnen und Juden an den Grenzen zurückwies und bei den NS-Behörden durchsetzte, dass diese das Wort Jude in die Pässe stempelte. Die Konferenz von 32 Staaten im französischen Evian scheiterte an antisemitischen Vorurteilen und der mangelnden Bereitschaft, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Immerhin nahm England 10.000 jüdische Kinder aus Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei auf; die USA war bereit, die Einwanderungsquoten leicht zu erhöhen.

zwungenen Lage selbst schuld?“ Bald packte ihn Wut und Zorn, die sich mit Gefühlen von Rache abwechselten: „Furchtbar wird einmal die Abrechnung werden. Werde ich sie erleben? (...) Es besteht große Kriegsgefahr. Den Krieg und den Zusammenbruch möchte ich irgendwo anders erleben. Hier nicht. Ich bin voll Haß und Verachtung erfüllt.“ Zeitweise versank er in Hoffnungslosigkeit und konnte keine Zukunft mehr sehen. Dann wiederum kämpfte er für den Erhalt des Wohnhauses, um wenigstens einen Teil des eigenen Lebenswerks und das des Vaters und so vieler Verwandter zu retten. Zeitweise spekulierte er damit, sich in Innsbruck eine neue Existenz aufzubauen, wenngleich nur mehr in kleinem Maßstab. Schließlich musste Ernst Schwarz einsehen, dass er „buchstäblich fortgejagt“ wurde und nur noch wenig Handlungsspielraum besaß: „Wenn aber Intrigen, Falschheiten, Niederträchtigkeiten, der Wille uns zu vernichten, vorhanden ist, dazu das Bewusstsein gottesjämmerlich verlassen zu sein und nur Todfeinde um sich zu haben, dann ist man nicht mehr Herr seiner Entscheidungen.“ Verzweifelt rang er in Gedanken, Innsbruck nicht verlassen zu müssen, Palästina war für ihn keine Option, „nur daß wo Berge sind. Die ‚zweite‘ Heimat kann doch nur der alten Heimat ähnlich sein. (...) Die ‚Menschen‘ können mir doch nicht die Heimat nehmen.“ Zuletzt kam Ernst Schwarz zur Erkenntnis, dass die „schöne, geliebte Heimat“ zur „Mausefalle“ geworden war, dass er danach trachten musste, sich und die beiden Kinder außer Landes zu schaffen. Sie sollten „unter Menschen aufwachsen können“. Am 24. Juli 1938 notierte er, der im Ersten Weltkrieg für Gott, Kaiser und Vaterland gedient hatte und für seine Tapferkeit ausgezeichnet worden war, in sein Tagebuch:



Ernst Schwarz 1938 (Vera Adams). Er floh nach England, konnte dort aber beruflich nicht mehr Fuß fassen. Bis zu seinem Tod blieb Ernst Schwarz ein verbitterter Mann, der seinen sozialen Abstieg nicht verkraftete. Seine letzten Jahre verbrachte er in seiner Heimatstadt Innsbruck.

„Unser Frontkämpfertum können wir uns auf den Hut stecken. Heute sind braune Horden durch die Stadt gezogen und sangen: ‚Hängt’s die

Juden, stellt's die Schwarz an die Wand!' (...) Wenn ich nach England gehen sollte, bin ich doch ein Fremder, ein Emigrant wie Tausende und aber Tausende. Mißtrauisch und abgeneigt gegen Einwanderer, in denen man nur Schmarotzer sieht, ausgestoßene Menschen, die man in ihrer Heimat nicht wollte, weil sie dort als Schädlinge angesehen werden. Und in England gibt es auch Menschen, die von uns Juden nichts wissen wollen. So erfahre ich das Schicksal der Juden, wie es in der Geschichte schon so oft da war und dachte doch immer, daß mir das nie wird passieren können.“

Am 7. November 1938 schoss in Paris Herschel Grynszpan auf das deutsche Botschaftsmitglied Ernst vom Rath, der an den Folgen des Attentats verstarb. Die Spitzen der NS-Regierung nahmen die Gelegenheit wahr,



Neueste Zeitung, 10.11.1938, 1



Neueste Zeitung, 11.11.1938, 1



Innsbrucker Nachrichten, 11.11.1938, 1

um im Deutschen Reich blutige Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, ihren Besitz und die Synagogen zu organisieren. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 versammelte nach Anordnung von höchster Stelle in München und Berlin Gauleiter Franz Hofer die oberste SS-Führung in Innsbruck und wies sie an, Überfälle und Morde durchzuführen. Ausgesuchte SS-Männer erhielten den Befehl, die Kaufleute Karl Bauer, Dr. Wilhelm Bauer und

Ing. Richard Graubart „auf möglichst geräuschlose Art umzulegen“ und Ing. Richard Berger „aus dem Weg zu räumen“.¹⁰⁶ Von den Genannten überlebte nur Karl Bauer in übel zugerichtetem Zustand. Ing. Josef Adler starb einige Monate später an den Folgen seiner Misshandlungen. Weitere Rollkommandos mit Mitgliedern von SS, SA und NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps) drangen in die Wohnungen von mindestens

„Scherben bringen nicht immer Glück“



Zertrümmerte Fenster jüdischer Geschäfte waren in den jüngsten Tagen der spontane Ausdruck der Empörung des gesamten deutschen Volkes über die feige Pariser Mordtat der haßerfüllten internationalen Judenthug. Sie waren zugleich auch für das Judentum eine letzte, zum Nachdenken zwingende Warnung.

Neueste Zeitung, 15.11.1938, 1

wurde: „Auch wir in Tirol haben noch allerhand Juden, und wir Tiroler lassen uns bekanntlich allerhand gefallen, ehe wir richtig zuschlagen. Aber wenn, dann richtig. Tiroler Fäuste haben nichts an Kraft verloren, und wer in der Geschichte einigermaßen Bescheid weiß, wird diese Drohung verstehen.“¹⁰⁸ Am 11. November war in den Zeitungen über den gerechten Volkszorn gegen die Juden zu lesen, von der Zerstörung der Synagoge in Innsbruck durch eine Menge in ihrer berechtigten Wut,¹⁰⁹ von verständlichen Vergeltungsmaßnahmen der empörten Innsbrucker Bevölkerung, von zwei gründlich zerstörten jüdischen Geschäften, der Verhaftung von

25 jüdischen Familien in Innsbruck ein, malträtiereten die Männer, schlugen vielfach auch die Frauen und zertrümmerten die Einrichtung. Zurück blieben unzählige Schwerverletzte. HJ-Mitglieder unter Führung der SS zerstörten die Inneneinrichtung des Betsaals in der Synagoge und entwendeten zahlreiche Gegenstände. 18 jüdische Männer kamen in Haft.¹⁰⁷

Bereits kurz vor den Morden drohten die Nationalsozialisten ein gewalttames Vorgehen an. Am 10. November 1938 hieß es in einem Artikel der Neuesten Zeitung, der Abendausgabe der Innsbrucker Nachrichten, der jedoch schon vor den blutigen Ereignissen geschrieben

<p>Verordnung des Reichsministers Dr. Goebbels</p> <h2>Die Juden erhalten ihren Lohn</h2> <p>Bei allen öffentlichen kulturellen Veranstaltungen nicht mehr zugelassen</p>	<p>Neueste Zeitung, 12.11.1938, 1</p>
<h2>Die Abwehrkundgebungen gegen die Juden</h2> <p>Synagoge und zwei jüdische Geschäftshäuser zerstört</p>	<p>Deutsche Volkszeitung, 12.11.1938, 8</p>
<h2>Die Juden müssen 1 Milliarde Buße zahlen</h2> <p>Schleunige Ausweisung aus der Wirtschaft - Wiedergutmachung der durch ihre eigene Schuld entstandenen Schäden</p>	<p>Innsbrucker Nachrichten, 14.11.1938, 1</p>
<h2>Restlose Entfernung der Juden aus deutschen Schulen</h2>	<p>Deutsche Volkszeitung, 15.11.1938, 5</p>
<h2>„Die Judenfrage wird dem Volksempfinden entsprechend gelöst“</h2>	<p>Deutsche Volkszeitung, 14.11.1938, 1</p>
<h2>Kein Jude mehr auf deutschen Hochschulen</h2>	<p>Neueste Zeitung, 14.11.1938, 1</p>
<h2>Theater- und Kinobesuch den Juden verboten</h2>	<p>Deutsche Volkszeitung, 14.11.1938, 1</p>
<h2>Die endlose Serie jüdischer Mordtaten</h2> <p>Ein kurzer Rückblick auf die letzten Jahrzehnte</p>	<p>Deutsche Volkszeitung, 15.11.1938, 1</p>

Juden und schließlich von der glücklichen Lage im Gau, „in aller kürzester Zeit von jeglicher jüdischen Belastung endgültig befreit zu werden.“¹¹⁰ Am 12. November schrieb die Deutsche Volkszeitung, dass sich die Volkskraft freie Bahn gesucht habe und die Opfer, die sie forderte, „ebenso begreiflich als sittlich berechtigt erscheinen müssen“. Die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung gab sie als eines der Ziele der Ausschreitungen an: „Der Reinigungsprozeß hat seit der Machtübernahme schon bedeutende Fortschrit-

te gemacht. Daß er durch die jüngsten Ereignisse mit Macht vorangetrieben und beschleunigt wird und die letzten rassefremden Reste bald ganz verschwinden werden, kann uns nur erwünscht sein.“¹¹¹ In den nächsten Tagen erschienen unzählige Artikel in den Zeitungen, die einerseits eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben, andererseits neue diskriminierende Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung verkündeten. „Falls Juden bei dieser Aktion keinen Schaden erlitten haben, dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß sie übersehen wurden“, stellte ein Bericht des Tiroler Sicherheitsdienstes der SS am 12. November zum Ablauf der Pogromnacht fest.¹¹² Wie ein derartiger „Schaden“ im Detail aussah, verdeutlicht der Überfall auf das Ehepaar Popper.

**„Die Stimmung der SA-Leute war etwas freudig aufgeregter“¹¹³ –
Das grausame Vorgehen gegen Julius und Laura Popper¹¹⁴
(Michael Guggenberger)**

Um etwa 2 Uhr¹¹⁵ nachts verlässt Scharführer Theodor Haller, ein ehemaliger Polizist, mit einer Gruppe von Männern das Standartenheim der Sturmabteilung (SA) in der Bürgerstraße 10. Vor dem Haus hat Rottenführer Josef Schäffer seinen Dienstwagen der Firma Fruchtimport Vedovelli-Amadori & Co, einen alten Zweisitzer der Marke Opel, bereitgestellt. Die Vorbereitungen der SA für die Racheaktion der Nationalsozialisten gegen die Juden und Jüdinnen Innsbrucks laufen auf Hochtouren. Einsatzgruppen sind zusammengestellt, Adresszettel verteilt. Eben hat Standartenführer Johann Mathoi vor einer großen Schar von SA-Männern eine Ansprache gehalten. Als Reaktion auf den Tod des Pariser Gesandten Ernst vom Rath seien Gewaltmaßnahmen gegen die Innsbrucker Juden notwendig. Man solle sie „ordentlich verprügeln“.¹¹⁶ Auf die Frage, ob man sie auch umbringen dürfe, antwortet er ausweichend: „Macht’s damit was wollt’s, ich weiß nichts.“¹¹⁷ Die Aktion sei von der Gestapo gedeckt, polizeiliches Einschreiten müsse nicht befürchtet werden.¹¹⁸ Es ist die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, die als Innsbrucker Novemberpogrom in die Geschichte eingehen wird.

Theodor Haller nimmt im Auto neben Josef Schäffer Platz. Sechs SA-Männer oder mehr platzieren sich auf den Trittbrettern und der Karosse-